

## ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich auf dem 2. Bundeskongress der Sparte Abfallwirtschaft und Stadtreinigung des VKU. Nach der gelungenen Premiere dieses neuen Formates im Juni 2015 freue ich mich, dass die Branche auch heute wieder so zahlreich vertreten ist.

Der Bundeskongress 2017 ist damit bereits in seiner zweiten Ausgabe zu dem BRANCHENTREFFPUNKT der kommunalen Abfallwirtschaft und Stadtreinigung avanciert und markiert neben der Leitmesse IFAT in München alle zwei Jahre einen wichtigen Termin im Veranstaltungskalender.

Der Countdown läuft: Nur noch vier Monate bis zur Bundestagswahl am 24. September 2017. Deshalb freue ich mich, dass wir heute mit der Berliner Wirtschaftssenatorin Ramona Pop, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Matthias Machnig und Hugo-Maria Schally von der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission unsere zentralen An-

sprechpartner auf den verschiedenen politischen Ebenen begrüßen dürfen. Gemeinsam mit wichtigen Branchenexperten werden wir vor allem nach vorne blicken und die Themen auf der Agenda der nächsten Bundesregierung diskutieren.

Ich darf die Gelegenheit nutzen und Patrick Hasenkamp zu seiner einstimmigen Wahl zum Präsidenten des EU-Dachverbandes Municipal Waste Europe gratulieren.<sup>1</sup> Der Beginn der Präsidentschaft von Patrick Hasenkamp fällt in eine wichtige Zeit für Europa: Aktuell ist es besonders wichtig, auf die Bedeutung der lokalen Ebene hinzuweisen. Sie ist ein Stabilitätsanker für die Bürgerinnen und Bürger in Europa. Das gilt auch für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft. Die Kommunen in Europa arbeiten gemeinsam für mehr Nachhaltigkeit in der Abfallwirtschaft, der Wissenstransfer zwischen den Mitgliedstaaten spielt dabei eine große Rolle. Lieber Patrick Hasenkamp, für Ihre neue Aufgabe wünsche ich Ihnen viel Erfolg und eine glückliche Hand!

Die Kommunale Abfallwirtschaft ist insgesamt europaaffin: Ganz ausdrücklich möchte ich den Mitgliedern des Fachaus-

---

<sup>1</sup> Die Wahl fand am 17. Mai 2017 statt.

schusses Europa danken, die sich stetig mit europäischen Themen befassen.

Die Kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung ist innovativ und modern. Auf der VKU-Verbandstagung wurden die VKU-Innovationspreise 2017 verliehen. Eine hochkarätige Jury hat den Abfallwirtschaftsbetrieb München für das Projekt Müllsammelfahrzeug "Light II" in der Kategorie Kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung ausgezeichnet. Lieber Helmut Schmidt, ich möchte Ihnen auch heute noch einmal im Kreise Ihrer Kollegen und Branchenfreunde zu diesem Preis gratulieren.<sup>2</sup>

Das Beispiel München zeigt es, unsere 432 Mitgliedsunternehmen zeigen es als Branche: Sie sorgen tagtäglich für ein sauberes Stadtbild, einen verlässlichen Winterdienst sowie die Vermeidung und schnelle Beseitigung der anfallenden Abfälle. Sie tragen damit zur Lebensqualität und Sicherheit in den Kommunen bei, für die Menschen vor Ort. Wir haben in Deutschland über die Jahre ein hohes Qualitätslevel in der

---

<sup>2</sup> Helmut Schmidt geht dieses Jahr in Rente, es ist daher sein letzter Bundeskongress in der Eigenschaft als 2. Werkleiter.

Kommunalen Abfallwirtschaft erreicht. Viele Stoffströme werden getrennt gesammelt und gezielt verwertet.

Gerade der Vergleich mit vielen anderen europäischen Ländern, in denen teilweise noch immer über 90 Prozent der Siedlungsabfälle deponiert werden,<sup>3</sup> wirft ein positives Licht auf die deutsche Abfallwirtschaft. Das hat insbesondere mit der kommunalen Verantwortung und der gesicherten Gebührenfinanzierung zu tun. Gleichwohl ist auch das deutsche System an einigen Punkten noch verbesserungswürdig. Dieser Verbesserungsbedarf ist auch Gegenstand unserer Erörterungen im Rat für Nachhaltige Entwicklung, dem ich seit November letzten Jahres angehöre.

Wie Dr. Henning Friege im Auftrag des Rats für Nachhaltige Entwicklung in dem so genannten „Challenger“-Report aus dem Jahr 2015 dargelegt hat,<sup>4</sup> gibt es verschiedene Probleme, die auch in Deutschland den Weg zu einer nachhaltigen Abfallwirtschaft erschweren:

---

<sup>3</sup> Lettland, Malta oder Griechenland führen die Rangfolge an.

<sup>4</sup> Dr. Henning Friege, Challenger Report „Ressourcenmanagement und Siedlungsabfallwirtschaft“, Berlin, Januar 2015.

Erstens, setzen wir die richtigen Prioritäten? Die europäische Abfallgesetzgebung priorisiert nicht ausreichend diejenigen Stoffe, die aus Ressourcen Gründen dringend in den Produktkreislauf zurückgeführt werden müssen. Vielmehr wird eher pauschal eine hohe Quote an Getrenntsammlung angestrebt, ohne Rücksicht darauf, ob das gesammelte Gemisch gut recycelbar ist oder nicht und die Endprodukte dann tatsächlich eine hohe Qualität haben.

Zweitens, von der Ressource her denken! Dr. Henning Friege zeigt klare Verbesserungspotenziale auf, beispielsweise für ein intelligentes und recyclingfreundliches Design der Produkte. Ein wesentlicher Anker wäre hierbei die entsprechende Überarbeitung der EU-Ökodesignrichtlinie.

Auch in operativer Hinsicht, das heißt im Tagesgeschäft, gibt es noch Verbesserungspotenzial. Viele von Ihnen haben konkrete Indikatoren und ein Reporting zur Selbstkontrolle mit Blick auf nachhaltiges Wirtschaften etabliert. Damit ist die Branche ein Vorreiter. Ein Beispiel hierfür ist – und hier sei ausdrücklich den Vertretern der Großstädterunde gedankt – der Branchenleitfaden Nachhaltigkeit.

Dieser Leitfaden wurde von der Nachhaltigkeitsinitiative der Abfallwirtschaft – ein Zusammenschluss der 14 größten kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe mit Unterstützung des VKU – speziell für Unternehmen der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung entwickelt, der auf dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex basiert. Er unterstützt Sie bei der Berichterstattung zur Nachhaltigkeit. 20 Kriterien in den Bereichen Strategie, Prozessmanagement, Umwelt und Gesellschaft werden hier dargestellt und konkrete Beispiele aus den Betrieben für Berichte zu den einzelnen Kriterien geliefert.

Meine Damen und Herren,  
die Legislaturperiode in Deutschland mag sich dem Ende zuneigen. Auf EU-Ebene sind wir mittendrin: Deshalb möchte ich meinen politischen Überblick mit der europäischen Ebene beginnen.

### **Europäische Ebene**

Die EU-Kommission hat im Dezember 2015 das europäische Kreislaufwirtschaftspaket vorgelegt, das einen ambitionierten Rahmen für die Abfallwirtschaft in Europa setzen soll. Hierbei wird insbesondere angestrebt, dass die **Deponierung von Siedlungsabfällen** auf höchstens zehn Prozent der Sied-

lungsabfallmenge bis zum Jahr 2030 reduziert wird.<sup>5</sup> Diese Zielsetzung wird vom VKU aufgrund seiner großen Klimaschutzwirkung sehr begrüßt.

Der VKU begrüßt weitere Aspekte des europäischen Kreislaufwirtschaftspakets wie etwa die vorgeschlagene **einheitliche Methodik zur Berechnung der Recyclingquoten**. Der bisherige Ansatz setzte Recycling mit Getrenntsammlung gleich. Somit galten die getrennt gesammelten Verpackungs- oder Bioabfallmengen als „recycelt“ unabhängig davon, wie viel Material tatsächlich in den Kreislauf zurückgeführt werden konnte und nicht etwa nach der Sortierung als Störstoff thermisch behandelt werden musste. Insofern ist es aus VKU-Sicht vernünftig, die Schnittstelle, an der die Recyclingleistung gemessen wird, weit hinten im Recyclingprozess anzusetzen, insbesondere nach der Sortierung und der Ausschleusung von Schadstoffen.

Daher kann der VKU grundsätzlich gut mit dem aktuellen Kompromissvorschlag leben, dass der Input in das „abschlie-

---

<sup>5</sup> Die EU-Kommission hat 10 Prozent gefordert, das EP fünf Prozent. Der VKU hat die KOM-Position mitgetragen.

ßende Recyclingverfahren“ maßgeblich für die Berechnung der Recyclingquote ist.

Ein weiteres wichtiges Thema im europäischen Kreislaufwirtschaftspaket ist die **Festlegung von Mindestkriterien für Produktverantwortungssysteme**. Der VKU hat keine Einwände gegen die Festlegung von solchen Mindestkriterien, vorausgesetzt die Produktverantwortung wird nicht gleichgesetzt mit der Privatisierung der Entsorgung der Stoffströme, die der Produktverantwortung unterfallen. Somit muss das Kreislaufwirtschaftspaket es zulassen, dass die Mitgliedstaaten auch den Kommunen eine Zuständigkeit für die Sammlung und/oder Verwertung einräumen können, wie dies heute etwa im Rahmen der Entsorgung von Elektro- und Elektronikaltgeräten der Fall ist.

Ich bin optimistisch, dass das Europäische Kreislaufpaket in letzter Konsequenz einige maßgebliche Verbesserungen der europäischen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Abfallwirtschaft bringen wird. Die Trilogverhandlungen, die für die Verabschiedung des Pakets vorgesehen sind, beginnen in diesen Tagen. Der VKU ist hier über sein Brüsseler Büro eng am Geschehen dran und speist die VKU Positionen laufend in

den Prozess ein. Wir sind auch gespannt darauf, heute von Hugo-Maria Schally etwas über die jüngsten Entwicklungen in Brüssel zu erfahren.

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser – das gilt auch in diesem Fall: Das europäische Kreislaufwirtschaftspaket kann nur dann seine Wirkungen entfalten, wenn die EU-Kommission wie auch die Vollzugsorgane der Mitgliedstaaten die neuen Regelungen konsequent durchsetzen. Bisher wurden schon die Bestimmungen des geltenden EU-Abfallrechts in vielen Mitgliedstaaten nicht ausreichend vollzogen. Damit lässt sich zum Teil das Ungleichgewicht der Qualität der Abfallwirtschaft in den verschiedenen Mitgliedsstaaten erklären.

Der VKU hat sich daher im Verfahren zur Ausarbeitung des Kreislaufwirtschaftspakets auch – aller Voraussicht nach erfolgreich – für die Einrichtung einer Plattform eingesetzt, die dem Austausch von Best-Practice-Beispielen für eine nachhaltige Abfallwirtschaft unter den Mitgliedstaaten dient. Hier kann Deutschland und auch der VKU eine wichtige Rolle spielen, um bei uns erfolgreich eingeführte Abfallwirtschaftskonzepte den Branchenkollegen anderer Mitgliedstaaten vorzustellen.

## **Verpackungsgesetz**

Ich darf nun auf einige Punkte eingehen, die uns auf nationaler Ebene bewegen.

Die letzten Jahre waren von der kontroversen Diskussion um ein Wertstoffgesetz geprägt. Der VKU hat sich konsequent dafür eingesetzt, dass die Kommunen mindestens für die Sammlung der Verkaufsverpackungen sowie der sogenannten stoffgleichen Nichtverpackungen zuständig sind.

Im Rahmen eines von Professor Heinz-Georg Baum erstellten Gutachtens konnten wir nachweisen, dass die von den Dualen Systemen erzielten ökologischen Ergebnisse den hohen bürokratischen Aufwand bei weitem nicht rechtfertigen. Eine Recyclingquote von real gerade einmal 20 Prozent ist ein sehr dürftiges Ergebnis. Die eigentlich angestrebte Vermeidung von Verpackungen ist schlicht nicht erkennbar.

Wir haben unsere Kritik an der dualen Entsorgung der Verpackungsabfälle in vielfältiger Weise vorgebracht und auch eine gute öffentliche Resonanz erzielt. Allerdings mussten wir auch zur Kenntnis nehmen, dass die Politik an den dua-

len Systemen festhalten will und für einen Systemwechsel noch nicht bereit ist.

Auch wenn die Abschaffung der Lizenzmakler bisher nicht durchzusetzen war, konnte mit dem nun von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Verpackungsgesetz immerhin eine Verbesserung der kommunalen Position im Vergleich zur bisherigen Verpackungsverordnung erzielt werden.

Wir bewerten es als positiv, dass die Kommunen den Dualen Systemen zukünftig verbindliche Vorgaben für die Sammlung der Leichtverpackungen machen können, beispielsweise zu Behältnissen, Leerungsintervallen sowie zur Frage, ob die Leichtverpackungen mittels Tonne oder gelbem Sack gesammelt werden. Bei letzterem kommt es in vielen Kommunen zu Problemen, weil die Säcke reißen und der Müll dann in der Gegend rumfliegt. Des Weiteren sieht das Verpackungsgesetz einen klaren Maßstab für die Kalkulation der Neben- und Mitbenutzungsentgelte auf Grundlage des Bundesgebührengesetzes vor.

Durch die konsequente Haltung des VKU konnte insbesondere auch eine Ausweitung der Zuständigkeit der Dualen Sys-

teme auf die stoffgleichen Nichtverpackungen verhindert werden. Somit ist den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern, anders als zu befürchten war, kein Stoffstrom verloren gegangen.

Nach diesem sehr emotionalen Verfahren ist es nun an der Zeit, die Umsetzung des Verpackungsgesetzes vorzubereiten. Am 1. Januar 2019 tritt es in Kraft. Hierfür wird die Sparte Abfallwirtschaft und Stadtreinigung des VKU konkrete Unterstützungen anbieten. Die Rechte, die wir erstritten haben, werden wir auch konsequent nutzen.

### **Abfalllogistik/Arbeitssicherheit**

Die Themen der Abfalllogistik und der Arbeitssicherheit hat der VKU im letzten Jahr eng begleitet.

So wurde durch die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung ein umfangreiches Regelwerk erstellt, wie die Abfallsammlung unter dem Aspekt der Arbeitssicherheit durchgeführt werden soll. Wir haben darauf geachtet, dass die Regelungen auch praktisch umsetzbar sind. Besonders prominent war in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit Abfallsammelfahrzeuge in Zukunft noch rückwärts fahren dürfen.

Uns kam es dabei auf eine bürger- und servicefreundliche Lösung an, die gleichwohl die oftmals tödlichen Unfallgefahren beim **Rückwärtsfahren** ernst nimmt. Rückwärtsfahren bleibt künftig unter bestimmten Bedingungen erlaubt, allerdings müssen die Gefahren in zumindest typisierender Weise beurteilt werden.

Der VKU hat so nicht nur dazu beigetragen, dass es eine pragmatische Regel zum Rückwärtsfahren gibt, sondern hat auch als konkrete Handreichung eine beispielhafte Gefährdungsbeurteilung für die Mitgliedsunternehmen erstellt.

Ein weiteres Beispiel ist die **Neuregelung der Führerscheinklassen**. Es bestand erhebliche Rechtsunsicherheit, ob für bestimmte kommunale Abfall-, Straßenreinigungs- und Winterdienstfahrzeuge weiterhin ein Lkw-Führerschein ausreicht oder ein Bus-Führerschein notwendig ist.

Der VKU hat sich auf Bundes- und Landesebene erfolgreich für Klarstellungen eingesetzt, die der bisherigen Praxis entsprechen. Entscheidend ist und bleibt der Hauptverwendungszweck des Fahrzeugs. Ist dieser Hauptzweck nicht die Personenbeförderung, reicht weiterhin der Lkw-

Führerschein. So konnten für die Mitgliedsunternehmen erhebliche Kosten vermieden werden.

### **Kommunikation / Abfallvermeidung**

Ein wichtiger Schwerpunkt der VKU-Arbeit ist auch die öffentlichkeitswirksame Werbung für Abfallvermeidung und Stadtsauberkeit. Mich beeindruckten Ihre vielen tollen und nachhaltigen Beispiele im Rahmen der Europäischen Woche der Abfallvermeidung und der Kampagne „Let’s Clean Up Europe“. Die Abfallvermeidungswoche ist Europas größte Kommunikationskampagne rund um Abfallvermeidung und Wiederverwendung, der VKU koordiniert diese Woche in Deutschland. Europaweit finden eine Woche lang Aktionen von Behörden, Unternehmen, Vereinen, Bildungseinrichtungen, Initiativen und Privatpersonen statt, die herausstellen, wie Abfall praktisch vermieden werden kann.

Die Kampagne „Let’s Clean Up Europe“ legt ihrerseits den Schwerpunkt auf Stadtsauberkeit und die Bekämpfung der Vermüllung von öffentlichen Flächen und Parks. Die Kampagne gipfelt im so genannten European Cleanup-Day, der die verschiedenen Aufräumaktionen unter Beteiligung von

Bürgern, Vereinen und öffentlichen Einrichtungen an einem Wochenende auf dem gesamten Kontinent vereint.

Diese Aktionen leisten einen wichtigen Beitrag für die Bewusstmachung von Themen und Potenzialen vor Ort.

### **[Ausblick]**

Meine Damen und Herren,  
mit den genannten Beispielen wurde deutlich, dass es viel Dynamik in der Kommunalen Abfallwirtschaft auf politischer Ebene und bei technischen Innovationen gibt.

Die Kehrseite wird jedoch auch deutlich: In den letzten Jahren wurde immer stärker spürbar, dass die Abfallwirtschaft überreglementiert wird und hierunter eine nachhaltige Abfallwirtschaft leidet.

Deutlich wird dies beispielsweise bei den Regelungen für Bioabfall oder Elektroaltgeräte. Der Bioabfall soll einerseits flächendeckend getrennt gesammelt und dann zu Kompost und Biogas verwertet werden. Gleichzeitig gibt es von Jahr zu Jahr strengere Auflagen für die Bioabfallverwertung, etwa

durch die TA Luft, das Erneuerbaren-Energien-Gesetz und die Novelle zur Düngeverordnung.

Auch bei der Erfassung von Elektroaltgeräten erfahren wir ähnliche Behinderungen. Einerseits sieht das neue Elektrogesetz vor, dass ab 2019 eine Menge von circa 15 kg pro Person und Jahr an Altgeräten in Deutschland zu sammeln ist.

Derzeit steht Deutschland bei erst der Hälfte dieser Sammelmenge. Insbesondere wäre die Anzahl der Sammelstellen zu erhöhen, etwa in Form von Depotcontainern für Elektrokleingeräte. Gerade hier gibt es aber Auflagen aus dem Gefahrgutrecht, die eine einfache Depotcontainersammlung behindern. Auch bei der Sammlung auf den Recyclinghöfen gibt es immer mehr Anforderungen an die Qualität der Sammlung mit neuen Vorgaben für Behältnisse und Beladungstechniken. Im Ergebnis drohen die ehrgeizigen Sammelziele durch immer kompliziertere Vorgaben für die Sammlung von Elektroaltgeräten in die weite Ferne zu rücken.

Hier müssen sich Politik und Verwaltung über eines klar werden: Sollen die sehr hohen Sammelziele für die einzelnen

Abfallfraktionen erreicht werden, dann dürfen die Sammlung und die nachfolgende Verwertung auch nicht mit zu hohen administrativen Auflagen belastet werden.

Ich möchte daher mit einer klaren Botschaft an die Politik schließen: Setzen Sie sich für die notwendigen Vorgaben ein, die für eine nachhaltige Abfallwirtschaft notwendig sind. Setzen Sie sich dafür ein, dass Regelungen nicht praxisfern und überschießend sind. Eine mit formalen Regeln überfrachtete Abfallwirtschaft kann keine technischen Innovationen entfalten, die wir für eine Optimierung der deutschen Abfallwirtschaft dringend brauchen.

Die Kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung ist der geborene Partner der Politik auf dem Weg in eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft. Nah am Bürger und orientiert am Gemeinwohl setzen die kommunalen Entsorgungsunternehmen hohe Standards.

Deshalb möchte ich nach meiner Botschaft an die Politik auch eines für die Branche klar sagen: Nach der durchaus intensiven Debatte stehen in der nächsten Legislaturperiode unsere Themen weiter auf der Agenda. Das Thema Wertstoff-

ferfassung wird uns weiter begleiten: Die Umsetzung des Verpackungsgesetzes wird von der Bundesregierung evaluiert. Wir werden unsere Erfahrungen und Einschätzungen konkret einspeisen. Von unserer Vision einer Hausmüllentsorgung aus kommunaler Hand werden wir nicht abrücken. Die Kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung wird sich aber weiterhin als Partner der Politik positionieren.

Sie können sicher sein, dass sich der VKU für gute Rahmenbedingungen für seine Mitglieder einsetzt. Wir sind Ihr Verband und wir sprechen mit einer starken Stimme für unsere Mitglieder.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Diskussion und wünsche Ihnen einen interessanten Bundeskongress.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!